

Titel	Duales Studium verbessern – rechtliche Regelungen schaffen		
AntragstellerInnen	Jusos Heidelberg		
Zur Weiterleitung an	SPD-Bundestagsfraktion, Landesvorstand	SPD-Bundesvorstand,	SPD-
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> geändert angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

Duales Studium verbessern – rechtliche Regelungen schaffen

1 Antragstext:

2 Ausbildung? Oder Studium? In den letzten Jahren beantworten diese Frage gerade in
3 Baden-Württemberg immer mehr junge Menschen mit einer Entscheidung für ein dua-
4 les Studium. Sie absolvieren dann ein 3-jähriges Studium, das mit einem Bachelorab-
5 schluss abschließt. Gleichzeitig sind sie im Betrieb und absolvieren dort betrieblichen
6 Praxisphasen, während der sie Projekte bearbeiten sollen.

7 Anders als bei der Ausbildung sind gesetzliche Regelungen für den betrieblichen Teil
8 des dualen Studiums praktisch nicht vorhanden. Dual Studierende werden zum Beispiel
9 nicht vom Berufsbildungsgesetz erfasst, das die Rahmenbedingungen für die berufliche
10 Bildung in Deutschland setzt.

11 Betriebe können daher fast willkürlich Verträge abschließen und diese als duales Studi-
12 um bezeichnen. Und sie tun dies auch fleißig. Die Folge ist eine geringe Vergütung, die
13 teilweise unter der Ausbildungsvergütung liegt, hohe Arbeitszeiten, Streitigkeiten über
14 die Gewährung von Urlaub oder hohe Kosten, z.B. für einen Zweitwohnsitz oder lange
15 Anfahrtswegen zur Hochschule, die dual Studierende zahlen müssen.

16 Besonders perfide ist die zunehmende Nutzung von Rückzahlungsklauseln, die es Be-
17 trieben ermöglicht, von dual Studierenden erhebliche Summen zurückzufordern, wenn
18 diese am Ende ihres Studiums ein Übernahmeangebot ablehnen oder ihr Studium ab-
19 brechen.

20 Gleichzeitig gibt es keine Regelungen zum Ablauf der Praxisphasen. Während für Auszu-
21 bildende die Inhalte ihrer Ausbildung klar festgelegt sind und diese von den Betrieben
22 während der Zeit im Betrieb auch vermittelt werden müssen, herrscht im dualen Studi-
23 um Wildwuchs. Statt Praxiserfahrung zu sammeln, werden Studierende häufig als billige
24 Arbeitskräfte eingesetzt.

25 Wir fordern, dass diese Praxis ein Ende haben muss. Dual Studierende stehen wie Aus-
26 zubildende am Beginn ihres Berufslebens und benötigen gesetzliche Standards und be-
27 sonderen Schutz vor Ausbeutung. Daher ist eine gesetzliche Gleichstellung notwendig!

28 Die Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes, die aktuell vorbereitet wird, darf nicht
29 abgeschlossen werden ohne, dass dual Studierende von diesem Gesetz erfasst werden.

30 Wir fordern, dass folgende Regelungen in das Berufsbildungsgesetz aufgenommen wer-
31 den:

- 32 • Für dual Studierende werden gesetzliche Regelungen eingeführt werden, die die
33 Verzahnung zwischen Betrieb und Hochschule regeln. Diese sollen analog der
34 Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule gestaltet sein.
- 35 • Für den Ausbildungsvertrag zwischen Studierenden und Ausbildungsbetrieb wer-
36 den Standards analog der Regelungen für Auszubildende eingeführt.
- 37 • Standards für die Eignung von Ausbilder*innen, die dual Studierende betreuen,
38 werden formuliert
- 39 • Für dual Studierende wird eine Mindestvergütung eingeführt
- 40 • Die Inhalte der Ausbildung müssen klar festgelegt und in der Zeit im Betrieb ent-
41 sprechend vermittelt werden.